Rassismusvorwürfe sorgen für Empörung

Gewerkschaft der Polizei: „Starker Tobak“ / Türkische Gemeinde äußert Verständnis

KIEL/BERLIN/KÖLN Zweigeteiltes Echo auf die Rassismusvorwürfe des Bundesvorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat. Während die Behörden seine Kritik zurückweisen, erntet Kolat bei der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein und bei der Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten Verständnis. Kolat macht für die Pannen bei den Ermittlungen zur rechtsextremen Terrorzelle NSU auch einen „institutionalisierten Rassismus“ der Sicherheitsbehörden verantwortlich. Diese würden stets von einem bestimmten Bild der Migranten ausgehen und dieses dann strukturiert weiterverfolgen, sagte er gestern im Deutschlandfunk.

Den Vorwurf des „institutionellen Rassismus“ weist Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner „scharf und eindeutig“ zurück. „Ich fordere Herrn Kolat auf, konkrete, nachprüfbare Beispiele für Rassismus in der schleswig-holsteinischen Landespolizei zu nennen oder für immer dazu zu schweigen“, sagt Breitner unserer Zeitung. „Ich bin sehr verärgert über diese falsche und fahrlässige pauschale Behauptung. Sie diskriminiert eine ganze Berufsgruppe, die mit hoher Professionalität und rechtsstaatlich korrekt arbeitet.“

Das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln stellt zu den Vorwürfen fest, dass das Fehlverhalten Einzelner „nicht repräsentativ für die Arbeit der rund 2700 Beschäftigten“ sei. Einer „möglichen unkorrekten Arbeitsweise“ werde nachgegangen. Die kritischen Polizisten sehen das anders: „Herr Kolat hat leider zu 100 Prozent Recht“, sagt ihr Sprecher Thomas Wüppesahl in Geesthacht bei Hamburg. Zudem wundere ihn stark, dass lediglich seine Arbeitsgemeinschaft einen Beobachter in den NSU-Untersuchungsausschuss entsandt habe, nicht aber die großen Polizeigewerkschaften.

„In den Ballungsräumen spüren wir institutionelle Diskriminierung.“

Dr. Cebel Küçükkaraca
Landesvorsitzender, Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein

„Das ist auch nicht entscheidend“, entgegnet Bernhard Witthaut, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Zudem sei bei weitem nicht jede Ausschusssitzung öffentlich, und er stehe im regelmäßigen Kontakt zu den Akteuren im Ausschuss, versichert Witthaut. Ungeachtet dessen sei Kolats Rassismus-Vorwurf „starker Tobak“. Das Gegenteil sei der Fall, betont der GdP-Bundesvorsitzende. In allen Bundesländern werde versucht, „verstärkt Beamte mit Migrationshintergrund in den Polizeidienst zu holen“.

Verständnis erntete Kolat hingegen bei der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein (TGSH) mit Sitz in Kiel. Es habe einfach zu viele Pannen gegeben. Viel zu spät seien die wahren Täter der Anschläge auf Ausländer – nämlich rechtsextreme Terroristen – ermittelt worden, sagt ihr Vorsitzender Dr. Cebel Küçükkaraca. „Es ist verständlich, wenn Herr Kolat seine Enttäuschung einmal zum Ausdruck bringt.“

Grundsätzlich seien auch in Schleswig-Holstein Vorurteile in Behörden und Institutionen, aber auch bei Arbeitgebern spürbar, sagt Küçükkaraca weiter. „Das haben auch viele unserer Mitglieder durchlebt.“ Es gebe jedoch Stadt-Land-Unterschiede. „Im ländlichen Raum werden Türken grundsätzlich sehr freundlich empfangen. Da entwickelt sich schnell eine echte Nachbarschaft.“ Anders in Ballungsräumen wie in Kiel und anderen schleswig-holsteinischen Städten: „Hier spüren wir institutionelle Diskriminierung. Und dies, obwohl wir aktiv beteiligt sind in Arbeitskreisen der Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und Behörden, um Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten der Menschen mit Migrationshintergrund in diversen Lebensbereichen zu verbessern“, sagt der TGSH-Landesvorsitzende.

Nach dem jüngsten Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2010 leben in Schleswig-Holstein (2,83 Millionen Einwohner) knapp 357 000 Menschen mit Migrationshintergrund, 54 000 davon haben türkische Wurzeln. *blu*